



Digitalisierung an Schulen, Lehrkräftemangel, Wohnraumdemo, Klimaschutz selbst in die Hand nehmen!

Hi,

Ich bin Elisabeth Kula, bildungs- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion die LINKE. im Hessischen Landtag. Es ist viel passiert! Am 01.Mai ging die lohnarbeitende Bevölkerung auf die Straße, um für Arbeitnehmer*innenrechte, ein Leben in Würde sowie für ein sozial ausgestaltetes Europa zu demonstrieren. Gleichzeitig ist der Mai von einer stabil bleibenden Klimabewegung geprägt worden. Fridays for Future gelingt es nicht nur, immer mehr Menschen für ihre Forderungen zu begeistern, sondern sie lenken den öffentlichen Diskurs weg vom Migrationsfokus hin zu Lösungen für eine sozial-ökologische Wende. Eine immer stiller werdende AfD ist auch die Konsequenz des Engagements der vielen Schüler*innen.

Die EU-Wahlen haben ihre Licht- und Schattenseiten gezeigt. Positiv ist das nur mäßige Abschneiden der deutschen Rechtspopulist*innen und die sich rasant gesteigerte Wahlbeteiligung. Für DIE LINKE. ist das Ergebnis enttäuschend. Eine differenzierte Haltung zur EU ("Ja, aber...") scheint in Zeiten zunehmender einseitiger Polarisierung zwischen Grünen und AfD nicht mehrheitsfähig zu sein. Für uns sollte das bedeuten, dass wir daran arbeiten müssen unsere Positionen klarer und lauter zu vertreten.

Trotz alledem freuen wir uns über das gute Ergebnis unseres Wiesbadener OB-Kandidaten, Ingo von Seemen! Mit 5% ist das Wahlziel erreicht und ein respektables Ergebnis eingefahren worden. Er hat es geschafft, linke Themen zu setzen und andere Kandidat*innen damit zu konfrontieren. Danke Ingo für Dein Engagement!

Auch im Landtag war einiges los, insbesondere in Sachen Bildungspolitik. Eine ausführlichere Übersicht über meine Tätigkeit findet ihr unten.

Herzliche Grüße und ein schönes, verlängertes Pfingstwochenende!

Übersicht

- [1. Digitalisierung an den Schulen](#)
- [2. Übergang von Schule in die Arbeit wird erschwert](#)
- [3. Lehrkräftemangel an Förderschulen](#)
- [4. Anti-AfD Protest in Bauerbach](#)
- [5. Regenbogenempfang in Wiesbaden](#)
- [6. Wir suchen ein Büro!](#)
- [7. Komm mit uns zu Ende Gelände!](#)
- [8. Kommentar zur EU- und OB-Wahl](#)
- [9. Demoaufruf WohnRaum für Alle](#)

Neues aus dem Landtag:

Kosten der Schul-Digitalisierung wird den Kommunen aufgebürdet



Was lange währt wird endlich gut – dieser Grundsatz gilt scheinbar weiterhin nicht für die schwarz-grüne hessische Landesregierung. Nach fünf Monaten im Amt stellte Anfang Juni die Regierung ihre bei der Umsetzung des Digitalpaktes vor. Zuvorgekommen war ihnen das Gipfelstürmerbündnis aus GEW, Landesschülervertretung und Landeselternbeirat, welches Zielvorstellungen und Anforderungen in einem Konzept zusammengefasst haben. Ich habe bereits im Februar in meiner Rede im Landtag auf die zentralen Herausforderungen in der Umsetzung des Digitalpaktes hingewiesen:

"Anstatt einer Anschubfinanzierung braucht es eine Dauerförderung; die Schulen müssen endlich saniert werden und baulich so hergerichtet werden, dass digitale Infrastruktur überhaupt nutzbar wird. Schließlich muss endlich der Lehrkräftemangel behoben werden und die Lehrerinnen und Lehrer pädagogisch ausgearbeitete Fortbildungen angeboten bekommen, welche nicht nur Technik sondern auch Methoden vermitteln."

Insgesamt gibt es also eine Menge zu tun. Aber wer sich von der Landesregierung ein Konzept erhoffte, welches die vorangegangenen Fragen nachhaltig beantwortet, dürfte herbe enttäuscht worden sein.

Das große Kooperationsprojekt mit dem Namen „Programm Digitale Schule“ scheint vielmehr ein Sammelsurium aus bereits bestehenden Strukturen, vagen Ankündigungen und einer fragwürdigen Finanzierungsstruktur zu sein. Besonders schwer wiegen meiner Meinung nach die Mehrbelastung hessischer Kommunen und die pädagogische Konzeptionslosigkeit. Die Landesregierung will demnach 25% auf die vom Bund zugesicherten Gelder drauflegen. Schön, wenn´s wirklich so wäre. Leider verbirgt sich dahinter der Trick, die Kommunen 12,5% davon bezahlen zu lassen, anstelle einer Eigenbeteiligung von 10%, wie es der Digitalpakt eigentlich vorsieht. Im Grunde legt die Landesregierung also nur 12,5% oben drauf und lässt Kommunen den Rest zahlen. Wie das insbesondere finanzschwache Kommunen unter dem Rettungsschirm bewältigen sollen, bleibt vollkommen ungeklärt. Schwarz-Grün schmückt sich also mit fremden Federn. Dabei sind selbst die 25% gerade mal so viel Geld, dass pro Schüler*in im Jahr rund 100€ herauspringen. Völlig fraglich bleibt auch, mit welchem Geld die Landesregierung eigentlich die Fortbildungsmaßnahmen und das Personal für die Wartung digitaler Geräte bezahlen will. Pädagogische Konzepte zur Nutzung digitaler Medien will man zudem den ohnehin unter großem Stress stehenden Lehrkräften aufbürden.

Zugestehen muss man der Landesregierung die Einrichtung eines landeseigenen Schulportals, welches als Cloud und Lernplattform dient und weiterentwickelt werden soll. Außerdem sei eine „Servicestelle für verantwortungsvolle Mediennutzung“ in Planung, welcher vom „Rat für Digitalethik“ entwickelt werden soll. Was für eine Aufgabe diese Servicestelle hat, wo sie eingesetzt wird und wer ihre Zielgruppe ist bleibt offen. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass es sich bei dieser schwarz-grünen Landesregierung um ein Ankündigungsmaschine handelt, die sich gern im Lichte anderer sonnt und stets im Unkonkreten verbleibt. Insbesondere das Kultusministerium muss sich die Frage gefallen lassen, wie das Primat der Pädagogik bei der eigenen Konzeptionslosigkeit und dem Lehrkräftemangel weiterhin unumstößlich gelten kann.

Programm Übergang von Schule in Ausbildung & Beruf wird abgesägt



Es scheint als seien die Würfel in Sachen Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) in Hessen gefallen – und das zu Ungunsten der zahlreich betroffenen Jugendlichen. Die BerEb entstand durch ein Bundesprogramm, welches zunächst als Pilotprojekt an einzelnen Schulen angeboten wurde und später im Rahmen der Bildungsketten-Initiative weitergeführt wurde. Dieses Projekt wurde seit 2012 zu gleichen Anteilen durch den europäischen Sozialfond und Bundesmittel gefördert. Bereits zu Beginn dieser Förderperiode stand fest, dass die europäischen Mittel 2019 auslaufen werden und ab dann „Dritte“ die Hälfte der Kosten der BerEb übernehmen müssen. Das hessische Kultusministerium signalisierte in den letzten Wochen hinter verschlossenen Türen regelmäßig das Ende der BerEb in Hessen. Bis sich im Februar die Bundesagentur und betroffene Bildungsträger meldeten, die das Programm an Schulen durchführen. Sie wollten erfahren, wie es nun weitergehe ab Sommer 2019. Doch hatte Schwarz-Grün das Thema wohl überhaupt nicht auf dem Schirm und die anfallenden rund 15 Mio Euro konnten kurzfristig nicht mehr aufgetrieben werden. Anders ist das Verhalten des Kultusministers nicht zu erklären, schließlich gab es noch im letzten Jahr Verhandlungen darüber, ob nicht das Kontingent der zu betreuenden Schüler sogar gesteigert werden könne.

Eine öffentliche Erklärung des Kultusministeriums steht unterdessen noch aus. Es ist aber aus verschiedenen Treffen mit Vertretern der Landesregierung zu hören, dass sie die Beerdigung des Programmes mit seiner vermeintlichen Ineffizienz und schlechten Arbeitsbedingungen der Berufseinstiegsbegleiterinnen und –begleitern begründet. Das letzte Argument wiegt schwer, sind doch oft vor allem Frauen in diesem Berufsfeld tätig und vermehrt von prekärer Beschäftigung sowie Altersarmut betroffen. Anstatt aber die Beschäftigungsverhältnisse verbessern zu wollen, schafft die Landesregierung nun die Stellen einfach komplett ab. Dabei wäre es wichtig, das Projekt auszuweiten, zu reformieren und besser auszufinanzieren. Bei BerEb handelt es sich um das einzige Instrument in Hessen, das versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler ab den achten Klassen bis ans Ende der Ausbildung begleiten kann. Die Begleiterinnen und Begleiter können als Bezugsperson, die über einen langen Zeitraum mit den Jugendlichen arbeiten, einen enormen Anteil an der schulischen, beruflichen und auch persönlichen Entwicklung ausmachen. Genau das also, was vielen jungen Menschen heute fehlt: längerfristige Bindungen und eine Eins-zu-Eins-

Betreuung.

Den Erfolg des Programmes lediglich an der tatsächlichen Zahl der erfolgreichen (Aus-) Bildungsabschlüsse messen zu wollen, ist zu kurz gedacht. Vielmehr bräuchte es eine permanente Evaluation, einen Austausch unter den Bildungsträgern, eine Ausweitung auf mehr Schulen, höhere Teilnehmer*innenzahlen und bessere Arbeitsbedingungen für die Begleiterinnen und Begleiter. Von Seiten des Bundes wurde Kooperationsbereitschaft in diesen Themen angedeutet und den Ländern sollen künftig mehr Mitgestaltungsspielräume eingeräumt werden. Hessen sollte dem Angebot nachgehen und das Projekt verbessern – und nicht ersatzlos beenden. Denn ansonsten darf sich auch wirklich kein Konservativer mehr über Fachkräftemangel oder schlecht ausgebildete Jugendliche beschweren.

An hessischen Förderschulen fehlen zu viele Lehrkräfte!



Hessenweit das gleiche Bild: Förderschulen berichten davon, dass ausgebildete Lehrkräfte fehlen, die Ranglisten sind ausgeschöpft.

Der Dringliche Berichtsantrag offenbart, dass die statistische Zahlenspielerei des Kultusministeriums wenig mit der Realität an hessischen Schulen zu tun hat. Er zeigte auch, dass das Herunterbrechen der Problemlage "Lehrermangel" an konkreten Beispielen vor allem eines deutlich macht: Das Hessische Kultusministerium steht dem daraus resultierendem Unterrichtsausfall und der zusätzlichen Belastung der Lehrkräfte momentan hilflos gegenüber.

Anlass der Landtagsdebatte war die untragbare Situation an der Friedrich-von-Bodenschwingh-Schule in Rodgau, eine Förderschule für Kinder mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung, in der massiver Unterrichtsausfall derzeit auf der Tagesordnung stehe. Qualifizierte Vertretung gibt es hessenweit nicht.

Unterricht fällt an den Förderschulen nicht nur stundenweise aus, sondern volle Schultage können nicht unterrichtet werden. Hessens Kultusminister Alexander Lorz hat recht, wenn er betont, dass Förderschullehrer Mangelware sind. Allerdings liegt dies daran, dass die CDU seit mindestens drei Legislaturperioden völlig uneinsichtig war, genügend Lehrkräfte auszubilden. Noch bis 2015 wurde mit der angeblichen - und nie Realität gewordenen - Demografischen Rendite argumentiert. Da hätte der jetzige Kultusminister und ehemalige Staatssekretär der Opposition und den unabhängigen Schulexpertinnen und Schulexperten einfach einmal Gehör schenken müssen.

Benötigt wird ein Umdenken in der Bildungspolitik, um die Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften für die Zukunft sicherzustellen. Dazu bedarf es eines deutlichen Ausbaus der Studienplätze, die an den hessischen Universitäten zumeist durch einen NC zulassungsbeschränkt sind. Auch im Vorbereitungsdienst muss entsprechend mehr Kapazität bereitgestellt werden.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem nun offensichtlich werdenden Mangel einerseits und unzureichenden Arbeitsbedingungen andererseits. Für das Lehramt an Förderschulen kommt hinzu, dass die Lehrer*innen deutlich geringer besoldet werden als an anderen Schulformen. Auch sie müssen endlich nach der Besoldungsgruppe A13 bezahlt werden!

Das Parlament ist nicht alles:

Breiter Anti-AfD Protest in Bauerbach



Marburg ist bekannt für ihre weltoffene, bunte und tendenziell links geprägte Bevölkerung - bei den letzten Kommunalwahlen verpasste die AfD den Einzug in das Stadtparlament, das rot-rot-grüne Lager kam auf 60% der Stimmen. Trotzdem gründete sich zuletzt ein AfD-Stadtverband und dieser lud sogleich ihren Dackelkrawatten-Chef in das zu Marburg gehörende Bauerbach - wahrscheinlich unter der Prämisse, im ländlich geprägten Vorort hätten sie leichteres Spiel als in der roten Hochburg Marburg.

Doch diese Rechnung ging nicht auf. 100erte Bauerbacher*innen veranstalteten ein großes, buntes Dorffest, hielten Reden gegen Rassismus

und Ausgrenzung und sagten klar: Bauerbach ist bunt statt braun. Unterstützt wurden die Bauerbacher*innen von ebenfalls hunderte Antifaschist*innen, welche bei einer erfolgreichen Blockade der Zufahrtstraßen sogleich die landschaftliche Schönheit der Marburger Umgehung kennenlernten.

Als parlamentarische Beobachterin war es mir eine Freude mitanzusehen, wie demokratischer Protest gegen Rechtspopulist*innen erfolgreich sein kann: konsequenter Einsatz seitens der Antifaschist*innen, der stets friedlich und deeskalierend blieb und ein buntes Dorffest seitens der Einwohner*innen. Am Ende musste die AfD erkennen, dass sie weder auf dem Marburger Marktplatz, weder in Bauerbach noch sonst in Hessen willkommen ist.

Regenbogenempfang in Wiesbaden



Anlässlich des „International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia“ (IDAHOBIT) hat der scheidende OB Sven Gerich zu einem Regenbogenempfang ins Rathaus Wiesbaden eingeladen. Zusammen mit unserem OB-Kandidat Ingo von Seemen und der ehemaligen Landesschulsprecherin Emely Dilchert habe ich an der Feier teilgenommen. Im Anschluss an den Empfang haben die AIDS-Hilfe Wiesbaden und Warmes Wiesbaden einen Infostand samt Kundgebung und Flashmob auf dem Mauritiusplatz abgehalten.

Mit dem Regenbogenempfang startete gleichzeitig die Wiesbadener Queere Kulturwoche, die zum ersten Mal stattgefunden hat. In einem vielfältigen Programm vereint sie in innovativer Art und Weise Demonstration, Kultur, Gedenken und Diskussion rund um das Thema LSBT*IQ. Den Höhepunkt bildet schließlich der CSD mit Demonstrationszug, Open-Air-Festival und Party im Schlachthof am 25. Mai. „Ich freue mich schon, in solidarischer Atmosphäre das Tanzbein schwingen zu können!“

Übrigens:

Mit dabei war auch BigCityTV die einen kleinen [Videobeitrag](#) gedreht haben.

Hintergrund zum IDAHOBIT:
Am 17. Mai 1990 strich die WHO Homosexualität von ihrer Liste der psychischen Krankheiten (erst 2018 kündigte sie an, auch Transidentität streichen zu wollen). In Erinnerung an dieses Ereignis findet jährlich am 17. Mai der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (IDAHOBIT) statt. Weltweit demonstrieren Menschen gegen Diskriminierung und für Akzeptanz und zeigen: Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* sind Menschenrechte und daher nicht verhandelbar! (Quelle: [https://www.gay.com/de/17-mai-2019-der-internationale-tag-gegen-homo-bi-inter-und-transphobie](#), abgerufen am 29.05.2019).

Wir sind auf Bürosuche!



Das Wahlkreisbüro und der Kreisverband Wiesbaden suchen neue Räumlichkeiten für unser Büro. Schön wären

- 2-3 Büroräume,
- ein Sitzungszimmer
- barrierearmer Zugang
- Tageslicht
- Kostenpunkt weniger als 1400€ (warm)

Wir freuen uns über Hinweise und Angebote!

Komm mit uns zu Ende Gelände

KOMM MIT UNS ZU ENDE GELÄNDE!
19.-24. JUNI, RHEINLAND

**KLIMAWANDEL STOPPEN,
RWE ENTEIGNEN!**

linksjugend
[solid]

www.ende-gelaende.org

Wir müssen den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen. Deswegen rufen wir zu den Aktionen von Ende Gelände, vom 19.-24.06, im Rheinland auf. Kommt mit und lasst uns gemeinsam für ein Ende der Verstromung von Braunkohle streiten. Die Linksjugend [solid] Hessen hat eine gemeinsame Anreise zu den Aktionen organisiert. Tickets könnt ihr in meinem Büro oder unter: bestellen.

Achtet bei der Ticketbestellung darauf in der Betreffzeile folgende Daten zu erwähnen: "Ende-Gelände-Buskation linksjugend [solid] Hessen, (hier Preiskategorie angeben), (hier Busnr. angeben)". Bitte gebt in der Mail Eure Daten an (Name, Volljährigkeit (ja/nein), Handynummer) und ob Ihr Demo Erfahrung habt oder nicht.

Weitere Infos findet ihr auf den Social-Media Kanälen und erhaltet ihr in meinem Büro.

Gastbeiträge

Kommentar zur EU- und OB-Wahl in Wiesbaden

von Adrian Gabriel



1. Einordnung der Wahlergebnisse **OB-Stichwahl**

Das Ergebnis der LINKEN zur EU-Wahl ist auf nahezu allen Ebenen enttäuschend: Europaweit (Ausnahme Portugal) verlieren die Linksparteien an Zustimmung und fallen auf das niedrigste Niveau seit Beginn der 1990er Jahre. Konflikte lassen derzeit offen, ob es überhaupt zur Bildung einer neuen, deutlich geschrumpften Linksfraktion im EU-Parlament kommt. Auch in Deutschland, Hessen und Wiesbaden ist das Ergebnis der LINKEN eindeutig und überraschend schlecht. Allgemein sind es die schlechtesten Ergebnisse der LINKEN seit der Parteigründung und weit entfernt von Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahlen in 2018/2019. Dramatisch sind die Verluste in Ostdeutschland, im Westen überspringt die LINKE in keinem Flächenland die bedeutsame 5-Prozent-Hürde. Hessen ist mit 4,4 Prozent das noch erfolgreichste westliche Bundesland, trotz Erkrankung hessischer EU-Kandidaten.

2. Dramatische Verschiebungen, Unterschiede & Lichtblicke

Außer den Grünen, denen wir herzlich zu einem historischen Abschneiden gratulieren, gibt es nur (dramatische) Wahlverlierer und gewaltige Verschiebungen in unserer Gesellschaft:

Die Wähler*innen in Wiesbaden haben sehr deutlich zwischen EU- und OB-Wahl unterschieden. Gert-Uwe Mende erhielt als SPD-Kandidat 27% gegenüber 18% der SPD-Wiesbaden zur EU-Wahl. Bei der siegessicheren Grünen Hinnerich verhält sich dies – wenn auch nicht so deutlich – exakt andersherum (23,4% statt 25,4% zur EU-Wahl).

Insgesamt kommt das (theoretische) rot-rot-grüne Lager auf gut 55% der Stimmen gegenüber dem rechts-konservativen (CDU-FDP-AfD-FW) Lager mit knapp 45%. Damit hat die SPD die Chance, trotz des Debakels der Bundespartei das Rathaus gegen die CDU zu verteidigen.

Nach einem gut einstündigen Gespräch der LINKEN-Mitglieder und Gästen mit dem SPD-Kandidaten zur Oberbürgermeister-Stichwahl, Gert Uwe Mende, hat sich DIE LINKE Wiesbaden einstimmig dazu entschlossen Gert-Uwe Mende zu unterstützen. Wir rufen deshalb auch unsere Wählerinnen und Wähler auf, Gert-Uwe Mende in seinem Wahlkampf zu unterstützen und ihn am 16. Juni 2019 in der Stichwahl zu wählen.

Das Gespräch zwischen den Mitgliedern der LINKEN Wiesbaden und dem SPD-Kandidat Gert-Uwe Mende fand in einem sehr freundlich-offenen und politisch-sachlichen Klima statt. Über eine Stunde beantwortete Mende die Fragen der

- Der andauernde Aufwärtstrend der AfD scheint - zumal im Westen - jäh gestoppt. In Wiesbaden bleibt die AfD deutlich einseitig und damit weit hinter bisherigen Ergebnissen und Erwartungen.

- Die FDP bleibt bundesweit noch hinter dem schlechten Ergebnis der LINKEN zurück.

- Dramatische Verlierer sind erneut die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD, in welchen verschärfte Diskussionen um die Ablösungen der Partei-Spitzen, der Kanzlerin sowie eine vorzeitige Beendigung der „Großen Koalition“ losbrechen.

Es gibt Hinweise, dass die EU-Wahlen nicht der Maßstab dafür sind, wo wir als LINKE stehen:

- Zur Landtagswahl in Bremen hat DIE LINKE (bei ebenfalls schlechtem EU-Ergebnis) auf über 11 Prozent zugelegt (Stand 28.5. da noch kein Endergebnis). Diskutiert wird nun die Bildung einer rot-rot-grünen Regierung.

- DIE LINKE Mainz hat zur Kommunalwahl knapp 6 Prozent geholt – und damit mehr als das Doppelte als der eigene Landesverband zur EU-Wahl. In Mainz wurden die kommunalen Mandate von 7 auf insgesamt 17 gesteigert, im Umland ist DIE LINKE überall gestärkt in die Kommunalparlamente eingezogen.

- Unser OB-Kandidat Ingo von Seemen hat in einer extrem schwierigen Ausgangslage (EU-Wahldesaster plus starke Zuspitzung der OB-Wahl zwischen Grünen-SPD-CDU) mit 4,8% ein sehr respektables Ergebnis erzielt. Es war richtig, mit sozialen und ökologischen Themen anzutreten und dabei den Wiesbadener Parteien-Filz anzuprangern.

- Wir haben als LINKE Wiesbaden weiterhin Mitgliederwachstum (Anfang 2019: 187 Mitglieder, Aktuell: 192 Mitglieder), unsere SOLID-Gruppe hat sich stark stabilisiert und wir können auf 2 Wahlkreismitarbeitern plus weiterhin guten Finanzen aufbauen

Mitglieder und Gäste zu vielen Themen der Kommunalpolitik. Im Ergebnis konnte Mende überzeugen.

Ausschlaggebend waren in der Aussprache und Abstimmung der Mitglieder vor allem folgende Punkte: Mende überzeugte als Person durch umfangreiches Faktenwissen und klare Positionen einerseits, er redete andererseits aber auch niemandem nach dem Mund und er nahm für ihn Neues interessiert auf. Klare und weitgehend übereinstimmende Positionen waren z.B. das Bekenntnis zum bezahlbaren Wohnraum, der Kampf gegen Armut, der Ausbau des ÖPNV (mit klarem Bekenntnis zur City-Bahn und einem Bürgerentscheid hierüber), die Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht statt deren Verkauf, die Notwendigkeit der Schulsanierungen und das Verbot von Zirkustieren im Stadtgebiet.

In anderen Feldern signalisierte Mende Gestaltungswillen, machte aber deutlich, dass er als Oberbürgermeister die Unterstützung der Stadtverordneten oder bei komplexeren Sachverhalten Einarbeitungszeit bräuchte. Das war manchmal schade, aber durchaus glaubwürdig. So wollte er weitere zweistellige Millionenbeträge für die Schulsanierung, diese aber nicht näher beziffern. Er wertete die LINKEN-Forderung nach einem Sozialticket als an sich gute Idee, bei der er nach politisch-rechtlichen Umsetzungsmöglichkeiten mit suchen wolle. Auch den Konsortialvertrag zur HSK wolle er durcharbeiten, um den möglichen Einfluss der Stadt zu erhöhen. Das Geflecht an städtischen Gesellschaften sei – wo möglich - zu lichten. Wenig bis kein Konsens bestand zum Beispiel im Vorgehen gegen das Unterlaufen des Arbeitsschutzes und Tarifrechts bei städtischen Aufträgen und bei der Cannabis-Legalisierung.

DIE LINKE Wiesbaden weiß, dass ein Oberbürgermeister verschiedenen Interessensgruppen verpflichtet ist.

- Wir hatten als LINKE Wiesbaden bei den unter 24-Jährigen 14 Prozent (!)
Bei den über 70-Jährigen 1 Prozent (!)

- Wir bleiben aktiver Teil der Stadtpolitik durch gestiegene Bekanntheit von Ingo und gestiegene Verankerung in den progressiven Bündnissen (Fridays For Future, Citybahn, Warmes Wiesbaden...)

Dass Mende hierbei ausgleichend wirken und trotzdem eine eigene soziale Handschrift als Oberbürgermeister hinterlassen könnte, ist ihm zumindest zuzutrauen. Wir werden ihn, sollte er sich bei der Wahl durchsetzen, gegebenenfalls auch an manche Aussage gerne erinnern.

Demoaufruf WohnRaum für Alle

vom [Wiesbadener Bündnis WohnRaum für Alle](#)

WohnRaum für ALLE

Wie in vielen anderen Städten werden die Mieten in Wiesbaden immer teurer, bezahlbarer Wohnraum immer knapper. Laut Hans-Böckler-Stiftung gehen durchschnittlich 40% des Einkommens in Wiesbaden für Mieten drauf, Nebenkosten nicht inbegriffen.

Daher ruft das Wiesbadener Bündnis WohnRaum für ALLE für **Sa. 15.06.2019 ab 13:00 zu einer Demonstration auf. Startpunkt: Bleichstraße/Bismarckring 23**

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Leerstand beschlagnahmen!

Spekulant*innen enteignen!

Für ein lebenswertes und leistbares Wiesbaden für ALLE.

Wir erklären uns solidarisch mit den Wohnungskämpfen und Initiativen in Berlin, Stuttgart, Frankfurt und überall!



**Wiesbadener Bündnis
WohnRaum für ALLE**

V.i.S.d.P. E. Kula, Böttingenstraße 8, 65183 Wiesbaden



#wi1506

@wohnraumfueralle_wi@riseup.net



[/wohnraumfueralleWI](https://www.facebook.com/wohnraumfueralleWI)



[@wohnraumfueralle_wi](https://www.instagram.com/wohnraumfueralle_wi)

Sehr geehrte Menschen, Vereine, Institutionen und Initiativen,

wir, das Wiesbadener Bündnis WohnRaum für Alle möchten nicht länger kommentarlos zusehen, wie die Mieten in Wiesbaden steigen und für immer weniger Menschen leistbar sind.

Aus diesem Grund rufen wir am Samstag, den 15.06.2019 zu einer Demonstration in Wiesbaden auf.

Spekulant*innen enteignen!

Eigentum verpflichtet, wer mit Wohnraum spekuliert und ihn nicht zum Wohnen einsetzt, verletzt diese Verpflichtung. Daher muss endlich auch auf politischer Ebene gegen Spekulation mit Wohnraum vorgegangen werden.

In immer mehr Städten sehen Menschen nicht länger still zu, wie ihnen der Zugang zu Wohnraum

Wir möchten unsere Forderungen auf die Straße tragen.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Wiesbaden darf keine Stadt der Reichen werden. Alle Menschen müssen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Wie die Hans-Böckler-Stiftung ermittelt hat, werden in Wiesbaden durchschnittlich 40% des Einkommens für Miete, Nebenkosten nicht inbegriffen, ausgegeben.

Leerstand beschlagnahmen!

Das Problem in Wiesbaden ist nicht, dass kein potentieller Wohnraum vorhanden ist. Vielmehr wird mehr leerstehenden Häusern spekuliert, was zu einer künstlichen Verknappung des Wohnraums und zu steigenden Mieten führt. Diese Praktik muss beendet werden.

erschwert bis unmöglich gemacht wird, wie kleine und alteingesessene Betriebe verdrängt werden und auch der Raum für alternative und selbstbestimmte Kultur- und Freizeitangebote verschwindet. Mit daraus resultierenden Besetzungen, Projekten und Bündnissen erklären wir uns solidarisch. Egal, ob in Berlin, Frankfurt, Stuttgart oder anderswo.

Für ein lebenswertes und leistbares Wiesbaden für ALLE.

Wir freuen uns über Unterstützung. Durch Teilnahme an der Demo am 15.06., durch Spenden, durch das Verbreiten unseres Aufrufs etc. Seid kreativ und solidarisch.

Besucht uns auf [Facebook](#) und [Instagram](#) und kommt zur [Demo](#)! Bei Fragen könnt ihr uns auch eine [Mail](#) schreiben.



ENDE GELÄNDE
KOHLE STOPPEN, DÖRFER ERHALTEN!

Bustickets können bei uns im Büro (Büdingenstr. 8, 10-16 Uhr) gekauft werden

Preise:
Ermäßigt 15EUR
Normal: 40EUR
Soli-Preis: 50EUR

19. - 24. JUNI 2019
IM RHEINISCHEN REVIER

Impressum:
Elisabeth Kula (Mdl.)
Büdingenstr. 8
65183 Wiesbaden
[Newsletter abbestellen](#)